

Rundbrief Nr. 4 vom 7. April 2020

## Informationen der INEP-Website im 1. Vierteljahr 2020

2. April 2020

### **NPT-Überprüfungskonferenz auf 2021 verschoben!**

Die weltweite COVID-19-Pandemie hat die Verschiebung der 10. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NVV/NPT) auf Anfang 2021 erzwungen. Das berichtete Daryl G. Kimball in der Aprilausgabe von „Arms Control Today“. Am 30. März 2020 bekräftigte das United Nations Office for Disarmament Affairs in einer schriftlichen Note offiziell die Verschiebung der NPT-Überprüfungskonferenz auf einen „späteren Zeitpunkt, sobald die Umstände es erlauben, nicht später als April 2021“. ... Angesichts der Verschiebung der NPT-Überprüfungskonferenz auf das Jahr 2021, in dem das Ende des neu-START-Vertrages und damit der atomaren Rüstungskontrolle droht, wird das UN-Atomwaffenverbot sicher ein Thema für die Debatte, wie sich die NVV/NPT-Vertragsstaaten „aus Sicht der SPD-Fraktion auf eine neue Agenda für Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen einigen“ sollten.

[weiterlesen](#)

25. März 2020

### **UNO-Generalsekretär fordert weltweiten Waffenstillstand**

Angesichts der trotz Ausbreitung der Corona-Pandemie weiterhin tobenden bewaffneten Konflikte forderte UNO-Generalsekretär António Guterres zu einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand auf. Sein Appell vom 23. März 2020 hat folgenden Wortlaut:

[weiterlesen](#)

24. März 2020

### **Michail Gorbatschows Appell: Bedrohungen endlich gemeinsam bekämpfen**

„Wenn die Konsequenz einer Politik Krieg ist, dann muss man diese Politik abschaffen. Das ist heute umso dringlicher, da die Welt darüber hinaus einer sich

ausbreitenden und gefährlichen Bedrohung ausgesetzt ist – der Corona-Virus-Pandemie. Wir sehen einmal mehr, wie zerbrechlich unsere globale Welt ist, und wie groß die Gefahr ist, ins Chaos abzurutschen. Dem müssen wir uns mit Vernunft, Solidarität und gemeinsamem Handeln entgegenstellen.“ In der liberalen US-Zeitung „The Nation“ und der unabhängigen russischen Zeitung veröffentlichte Michail Gorbatschow seinen „Appell an die Staats- und Regierungschefs der Welt“, endlich durch gemeinsames Handeln den existentiellen Gefahren zu begegnen, die „unserer globale Welt“ durch Konfrontationspolitik wie auch die Corona-Pandemie bedrohen.

In Absprache mit The Nation veröffentlichen wir den Appell Gorbatschows in ungekürzter deutscher Fassung und hoffen, dass er nicht nur trotz, sondern auch wegen der Corona-Krise Aufmerksamkeit findet.

[weiterlesen](#)

31. Januar 2020

### **Weltuntergangsuhr 2020: 100 Sekunden bis Mitternacht**

Am 23. Januar 2020 haben die Wissenschaftler\*innen des Bulletin of Atomic Scientists die Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) auf „100 Sekunden vor Mitternacht“ gestellt. Noch nie stand der Zeiger so nahe vor Mitternacht und damit symbolisch vor einem Weltuntergang. Die nukleare Bedrohung und die Gefahr durch den Klimawandel werden durch einen dritten Faktor verstärkt: durch Desinformationskampagnen via Internet und Cyberangriffe.

[weiterlesen](#)

26. März 2020

### **Deutsche Welle Exklusiv: USA modernisieren Atombomben in Deutschland**

Vor 10 Jahren, am 26.03.2010, beschloss der Bundestag, dass die letzten US-Atomwaffen auf deutschem Boden verschwinden sollen. Das Archiv des Bundestages

erläuterte das Dokument folgendermaßen: Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt eint alle Fraktionen des Deutschen Bundestages. Das wurde während der Abrüstungsdebatte am Freitag, 26. März 2010, deutlich. Es sei ein gutes Zeichen, dass sich die übergroße Mehrheit im Hause mit Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf einen gemeinsamen Antrag (17/1159) einigen konnte, der unter anderem den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordere, hieß es... „Heute sind sie immer noch da - und werden sogar modernisiert“. schrieb die Deutsche Welle am 10. Jahrestag des Bundestagsbeschlusses und veröffentlichte eine „Deutsche Welle Exklusiv“-Recherche, im folgenden einige ihrer Ergebnisse...

[weiterlesen](#)

---

10. März 2020

### **Ralf Kapschack: Warum wir ein weltweites Atomwaffenverbot brauchen**

Abgeordnete des Bundestages haben unter Beteiligung von Abgeordneten aus den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linken und Grünen am 11. September 2019 einen Parlamentskreis Atomwaffenverbot gegründet, der sich „über Fraktionsgrenzen hinweg für eine atomwaffenfreie Welt und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesrepublik Deutschland“ einsetzt. Der Parlamentskreis Atomwaffenverbot steht allen aktiven und ehemaligen Bundestagsabgeordneten offen, die sich für einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag einsetzen wollen, so heisst es im kurzen Papier zum „Selbstverständnis“, das auch als Aufnahmeformular dient. Über seine Motivation und die Hintergründe des interfraktionellen Parlamentskreises Atomwaffenverbot berichtete einer seiner Mitbegründer, Ralf Kapschack, MdB, im „Vorwärts“:

[weiterlesen](#)

---

11. März 2020

### **Unterschriftenaktion: Bundestagsbeschluss zum Abzug der Atomwaffen endlich umsetzen!**

Am 26. März 2010 beschloss der Deutsche Bundestag in einem fraktionsübergreifenden Antrag: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich (...) mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“. Dieser Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt. ...Bitte helfen Sie uns mit Ihrer Unterschrift dabei, dass dieser wegweisende Beschluss nicht in Vergessenheit gerät und endlich umgesetzt wird!

[weiterlesen](#)

---

8. März 2020

### **SIPRI: Großwaffen-Export boomt weiter**

In den vergangenen fünf Jahren waren die größten Waffenexporteure die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China. Die neuesten Daten zeigen, dass der Strom von Waffen in den Nahen Osten massiv zugenommen hat. „...Zwischen 2010-14 und 2015-19 stiegen die Exporte von Großwaffen aus den USA um 23 Prozent; sie erhöhten ihren Anteil an den weltweiten Waffenexporten auf 36 Prozent. In den Jahren 2015-19 waren insgesamt die Waffenexporte der USA um 76 Prozent höher als die des zweitgrößten Waffenexporteurs der Welt, Russland. Aus den USA gelieferte Großwaffen gingen in insgesamt 96 Länder.

[weiterlesen](#)

---

9. März 2020

### **SPD-Fraktion beschließt Positionspapier zur Abrüstung**

Aus Anlass des 50. Jahrestages des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV/NPT) am 03. März 2020 hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier „Sicherheit durch Dialog, Transparenz und Vertrauen – Sozialdemokratische Initiativen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ beschlossen. In dem Positionspapier wenden sich die SPD-Abgeordneten „entschieden gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht“, bekräftigen das Ziel einer „Welt ohne Atomwaffen“ und öffnen sich für die Diskussion mit der Zivilgesellschaft über den 2017 von der UNO „beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag...“, wichtige Impulse für die Debatte zur weltweiten nuklearen Abrüstung gegeben“ habe.

[weiterlesen](#)

---

6. März 2020

### **Gabriele Heinrich, MdB: Ziel bleibt eine Welt ohne Atomwaffen**

Gabriele Heinrich, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hat in einen Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau am 05.03.2020 gefordert, „Die Bundesregierung sollte sich als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags einbringen und den Dialog suchen“. Sie setzt sich auch mit dem gegen einen Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot vorgebrachten Argument auseinander, Deutschland müsse Trägerflugzeuge für die in Büchel stationierten US-Atombomben bereitstellen, um in der Nuklearen Planungsgruppe über die Nuklearstrategie der Nato mitbestimmen zu können: „Seit 1979, also seit 41 Jahren,

stimmt das nicht. Alle Nato-Staaten sind Mitglied der Nuklearen Planungsgruppe.“

[weiterlesen](#)

---

2. März 2020

### **Rüstungsexportbericht 2019 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hat Anfang 2020 ihren Bericht vorgelegt, der sich mit der Entwicklung der deutschen und europäischen Rüstungsexportpolitik befasst. Er begrüßt zwar, dass „die Bundesregierung im Juli 2019 die angekündigte „Schärfung“ der bisherigen Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vorgelegt hat“, und z.B. die „Exportkontrolle von Klein- und Leichtwaffen“ verbessere, aber er kritisiert, dass „die Grundsätze zur Erleichterung der europäischen Rüstungskooperation im Ergebnis auf eine Relativierung und in Teilbereichen gar auf eine Beseitigung der deutschen Exportrichtlinien hinaus“ liefen.

[weiterlesen](#)

---

2. März 2020

### **Syrien: IPPNW fordert sofortigen Waffenstillstand und Deeskalation**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert angesichts der dramatischen Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Syrien einen sofortigen Waffenstillstand von allen Kriegsparteien und eine Deeskalation auf allen Seiten. Militärische Offensiven und Vergeltungsschläge verhindern eine politische Lösung. Sie schaffen kein Ende dschihadistischer Angriffe und keine sichere Heimat für Geflüchtete. Nach Auffassung der Ärzteorganisation muss es für Syrien eine nachhaltige, das heißt eine politische Lösung geben, zum Beispiel unter Einbeziehung des syrischen Verfassungskomitees, das im Rahmen des UN-Friedensplans Ende letzten Jahres seine Arbeit in Genf aufgenommen hat. Die IPPNW fordert von der Bundesregierung die Aufnahme von Geflüchteten und den Einsatz für eine gerechte Verteilung im Rahmen der EU.

[weiterlesen](#)

---

20. Februar 2020

### **Jürgen Trittin: New Global Disorder, neue Rolle Europas**

Aus Anlass der Münchener Sicherheitskonferenz hielt Jürgen Trittin an der Universität Bayreuth einen Vortrag über „die Rolle des politischen Westens in den internationalen Beziehungen“. Seine Thesen sind hochaktuell und geben eine kritischen und konkreten Überblick über einige Herausforderungen an eine europäisch orientierte Außenpolitik. Wir danken Jürgen Trittin für die Genehmigung, seinen Text weitgehend ungekürzt für unsere Website zu übernehmen:

[weiterlesen](#)

---

18. Februar 2020

### **Friedensbewegung: Trump muss Aufhebung des Landminenverbots rückgängig machen**

NGOs verurteilen Trumps Entscheidung zum Einsatz von Anti-Personenminen als massiven Rückschritt auf dem Weg zu einer minenfreien Welt. Protestaktion fordert Rücknahme der Entscheidung und Beitritt der USA zur Ottawa-Konvention. Investoren sollten Rüstungsunternehmen mit Investitionen in diesem Bereich und konsequenterweise US-Staatsanleihen aus ethischen Gründen meiden. In der Pressemitteilung der IPPNW heißt es weiter:

[weiterlesen](#)

---

18. Februar 2020

### **Deutsche Kritik an Landminen-Freigabe in den USA**

Das Auswärtige Amt kritisierte die Aufhebung des Landminen-Verbotes für das US-Militär als einen „schweren Rückschlag für die langjährigen internationalen Bemühungen, diese tödliche Waffe zu ächten“, erklärte Staatssekretär Niels Annen gegenüber dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“. „Die USA wären gut beraten, ihre Entscheidung zu überdenken.“ Mit den Folgen des Einsatzes von Landminen hätten die betroffenen Staaten oft noch viele Jahre nach Ende von Feindseligkeiten zu kämpfen.

[weiterlesen](#)

---

16. Februar 2020

### **Pressestimmen über Nord Stream 2**

... ein kleiner Überblick -- und ein Rückblick auf die Entspannungspolitik 50 Jahre vor Nord Stream 2: Willy Brandt: „Gibst du Röhren – geb' ich Gas“ – Erdgas-Röhren-Geschäft trotz Sanktionen...

[weiterlesen](#)

---

13. Februar 2020

## **50 Jahre Erdgas-Röhren-Vertrag: Wirtschaft und Entspannungspolitik**

Willy Brandt hatte sich seit bereits seit 1967 als Bundesaußenminister der ersten Großen Koalition für das Ende des 1962 vom NATO-Rat beschlossenen „Röhrenembargos“ eingesetzt, konnte sich aber nicht gegen Bundeskanzler Kiesinger (CDU) durchsetzen. Aber kurz nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler gab den Weg frei für die Unterzeichnung „Erdgas-Röhren-Vertrags“ durch Vertreter der deutschen Wirtschaft und der UdSSR in Essen am 1. Februar 1970. Die damaligen Auseinandersetzungen über Sanktionen ähneln der heutigen Debatte über „Nord Stream 2“ und lesen sich wie ein „aktueller Wirtschaftskrimi“, so Mario Mehren, CEO von Wintershall/DEA in einem Gastbeitrag für den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Wir danken für die Genehmigung, seinen Text für unsere Website zu übernehmen. Denn 50 Jahre nach dem Ende des Röhrenembargos und zu Beginn der Sanktionen gegen Nord Stream 2 ist das ein höchst aktueller Artikel zum Thema:

[weiterlesen](#)

---

## **UN News Januar 2020**

### **Friedens- und Sicherheitspolitische Informationen der Vereinten Nationen aus UN News**

30.01.2020

[UN-Beauftragter für Libyen fordert den UN-Sicherheitsrat auf: Einigt Euch, um die sinnlose Zerstörung Libyens zu stoppen!](#)

22.01.2020

[UN-Generalsekretär über Lösungen zur Überwindung der vier größten Bedrohungen: geopolitische Spannungen, Klimakrise, weltweites Misstrauen und Risiken der neuen Technologien](#)

19.01.2020

[Libyen: „Diese schreckliche Situation darf nicht länger hingenommen werden“, erklärte der UN-Generalsekretär gegenüber den Staats- und Regierungschefs beim Libyen-Gipfeltreffen](#)

17.01.2020

[Libyen: UNICEF-Chefin Libyen: „schreckliche und unhaltbare Zustände“ für Zehntausende von Kindern im erbarmungslosen Konflikt](#)

16.01.2020

[Syrien: Syrien-Konflikt hat „Kinderträume ausgeradiert“ — Neuer Bericht der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission über Syrien](#)

15.01.2020

[UN-Friedenstruppen schützen Hunderte von Flüchtlingen aus der Zentralafrikanischen Republik](#)  
[UN-Peacekeeping-Chef: Umsetzung des Friedensabkommens ist der einzige Weg zur Stabilisierung in Mali](#)

09.01.2020

[UN-Sicherheitsrat ruft zum Dialog in Haiti auf](#)

08.01.2020

[US-Angriff auf Iran-General im Irak: Guterres fordert „aktives Engagement“ für mehr Anstrengungen zur Deeskalation](#)

07.01.2020

[Syrien: In Idlib sind die „täglichem Albtraum“ ausgesetzt, sagt hoher UN-Vertreter](#)

06.01.2020

[Stoppt die Eskalation! verlangt der UN-Generalsekretär, nachdem die geopolitischen Spannungen auf „das höchste Niveau dieses Jahrhunderts“ angewachsen sind](#)

03.01.2020

[UN-Generalsekretär Guterres fordert Deeskalation in der gesamten Golfregion, nachdem iranischer Spitzengeneral bei einem US-Luftangriff getötet wurde](#)  
[Bericht vor dem UN-Sicherheitsrat: Seit Mitte Dezember wurden fast 300.000 Syrer aus Idlib vertrieben](#)

---

#### Impressum:

Initiative Neue Entspannungspolitik, Jetzt! – INEP  
www.neue-entspannungspolitik.berlin  
Burkhard Zimmermann (V.i.S.d.P.) · E-Mail: burkhard.z@t-online.de  
Clemens Ronnefeldt · E-Mail: c.ronnefeldt@t-online.de  
USA: Barbara Jentzsch · E-Mail: zuluki@centurylink.net  
Redaktion: Wolfgang Biermann  
E-Mail: biermann@neue-entspannungspolitik.berlin



**Unterstützen Sie  
unseren Aufruf mit Ihrem Namen!  
Unterzeichnen Sie jetzt!**

[www.neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/](http://www.neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/)